

Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsentwicklung

Dr. Otto Kreye, geb. 1936 in Waren/Mecklenburg, Studium der Sozialwissenschaften in Göttingen und Los Angeles, ist Mitglied des Vorstands des Starnberger Instituts zur Erforschung globaler Strukturen, Entwicklungen und Krisen sowie Lehrbeauftragter an der Universität Innsbruck.

Die Standortdebatte

Diejenigen Wortführer der Standortdebatte in Deutschland, die den abhängig Beschäftigten und den Gewerkschaften weismachen wollen, daß die Wirtschaftskrise im allgemeinen und die Arbeitslosigkeit im besonderen durch angeblich international nicht wettbewerbsfähige Standortbedingungen verursacht seien, lenken mit dieser Debatte von den wahren Ursachen der Krise ab, wollen weitere Umverteilungen von „unten nach oben“ durch Lohnverzicht, Sozialabbau und Steuerreformen durchsetzen und den noch vorhandenen Widerstand gegen das neoliberale Modell weitreichender Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung der Marktwirtschaft, dessen bisherige Durchsetzung weitgehend ursächlich für die Krise ist, endgültig brechen. Die Hauptopfer der Krise, die abhängig Beschäftigten, darunter vor allem diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, und natürlich die Gewerkschaften werden zu Tätern, zu den Verursachern der Krise gestempelt.

Die Hauptargumente in der Standortdebatte lauten, die Produktionskosten in Deutschland, an erster Stelle Lohn- und Lohnnebenkosten, seien im internationalen Vergleich zu hoch, die Steuer- und Abgabenbelastung der Unternehmen überschreite das international übliche Maß, und Umweltauflagen und daraus resultierende Kosten hätten einen merklichen Standort-

nachteil entstehen lassen. Entsprechend werden die Senkung von Löhnen und Lohnnebenkosten, die Deregulierung der Arbeitsmärkte und Beschäftigungsverhältnisse und drastischer Sozialabbau gefordert, darüber hinaus die Entlastung der Unternehmen von Steuern und Abgaben, die Lockerung von Umweltschutzmaßnahmen und die Befreiung der Unternehmen von Umweltschutzkosten.¹

Tatsächlich ist der Produktionsstandort Deutschland für eine Vielzahl von Fertigungsprozessen international nicht weniger wettbewerbsfähig, als er es zu den Zeiten der Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung war. Insbesondere qualitative Standortbedingungen, wie die Qualifikation der Arbeitskräfte, die verfügbare Infrastruktur und die (noch vorhandene) soziale und politische Stabilität sind dafür maßgeblich. Was die quantitativen Standortbedingungen betrifft, zum Beispiel die Fertigungslöhne, so wird ihre Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit einer Produktion häufig maßlos übertrieben. Wenn der Anteil der Fertigungslöhne an den Gesamtkosten nicht mehr als 10 Prozent ausmacht, wie dies in der Automobilindustrie der Fall ist, können tarifliche Lohnerhöhungen, wie sie von den Gewerkschaften gefordert werden, die Wettbewerbsfähigkeit kaum beeinträchtigen noch könnten Lohnminderungen, wie sie von Arbeitgeberseite ins Spiel gebracht werden, die Wettbewerbsfähigkeit nennenswert verbessern. Wenn andererseits der Anschein erweckt wird, daß Standortunterschiede, wie sie zum Beispiel im Lohngefälle im Verhältnis von 10:1 zwischen Standorten in Westeuropa und Osteuropa zum Ausdruck kommen, durch Anpassung (Lohnverzicht) vermindert oder beseitigt werden könnten, so ist das schlicht absurd.

Im übrigen beeinflussen Wechselkursveränderungen die Kostenrelationen häufig wesentlich gravierender als Veränderungen einzelner Standortfaktoren. Die Austauschrelationen der Währungen sind als eine Folge der Liberalisierung des internationalen Zahlungsverkehrs und in jüngster Zeit auch als Folge der dadurch möglich gewordenen internationalen Finanzspekulation größeren Schwankungen ausgesetzt als je zuvor. Zu recht weist der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung darauf hin, daß Veränderungen in der Lohnstückkostenentwicklung zwischen 1980 und 1990 in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen OECD-Ländern, die auf scheinbar veränderte Standortbedingungen schließen lassen, tatsächlich vor allem auf Wechselkursschwankungen der D-Mark gegenüber dem US-Dollar zurückzuführen sind.²

Für Unternehmen, die sich im internationalen Wettbewerb behaupten, ist es unverzichtbar und selbstverständlich, an einer Vielzahl von Standorten in In- und Ausland zu fertigen oder fertigen zu lassen, um für unterschiedliche Fertigungsprozesse unterschiedliche Standortbedingungen optimal zu nutzen. Die ständige neue Verteilung (Verlagerung) der einzelnen Fertigungs- und

1 Vgl. zum Beispiel: Bundesverband der Deutschen Industrie, Produktionsstandort Deutschland, Köln 1993.

2 Lutz Hoffmann, Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Vergleich, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/94, S. 45-57.

Teilfertigungsprozesse auf die jeweils günstigsten Standorte weltweit ist ein Grundelement erfolgreicher Unternehmensstrategie. Wenn Fertigungsprozesse, die bislang an Inlandsstandorten wettbewerbsfähig stattfinden konnten, nunmehr nicht mehr mit Produktionen an anderen - alten und neuen - Standorten weltweit konkurrieren können, dann kaum, weil sich Standortbedingungen im Inland verschlechtert hätten, sondern dann vor allem, weil neue Standorte verfügbar sind oder günstigere Bedingungen an neuen und alten Standorten durchgesetzt werden konnten oder genutzt werden können, zum Beispiel in Osteuropa als Ergebnis von Schocktherapie und Schockanpassung nach dem Zusammenbruch der Planwirtschaft.

Das Institut der deutschen Wirtschaft frohlockt, daß mit der Transformation in Osteuropa „Hongkong vor der Haustür“ entstanden sei,³ und für viele Unternehmen vieler Branchen gibt es kein Halten mehr.

Die Wirtschaftswoche berichtet, daß „Manager aus arbeitsintensiven Branchen wie der Textü-, Möbel-, Autoteile- und auch der Metallindustrie in Scharen vor allem Polen und das Baltikum durchforsten. Das Interesse der deutschen Unternehmer beruhe auf einem simplen Kalkül: niedrige Lohnkosten - eine polnische Näherin kostet 1,50 Mark, die lettische Kollegin sogar nur 20 Pfennig die Stunde - plus die Lage vor der Haustür.“⁴

Der Vorsitzende des Vorstands der Deutschen Industriebank AG spricht davon, daß „der Treck deutscher Investoren in osteuropäische Länder an Geschwindigkeit zunehme; diese Entwicklung sei unumkehrbar, selbst wenn sich die Tarifpartner 1995 auf einem ähnlich niedrigen Niveau einigen würden wie 1994“. Mit Arbeitskosten von 2,18 DM je Stunde sei die Tschechische Republik zu einem Magnet für deutsche Unternehmen insbesondere aus den Branchen Textil, Elektrotechnik, Nahrungsmittel und Autozulieferer geworden.⁵

„Polen ist zu einem Eldorado der Möberindustrie geworden“: Der Inhaber der Schieder-Gruppe begründet dies so: „Wir sind immer den billigen Löhnen nachgelaufen.“ Die Suche sei quer durch Europa gegangen. Vor 20 Jahren hätte es ihn nach Italien gezogen, wo die Beschäftigten nur ein Drittel des Lohnes ihrer deutschen Kollegen bekommen hätten. Vor fünf Jahren hätte man Fabriken in Portugal gekauft. Nun sei der Osten „in“. Von den 7 400 Beschäftigten der Schieder-Gruppe arbeiten jetzt knapp 5 000 in den 15 polnischen Werken, die die Schieder-Gruppe in den vergangenen drei Jahren übernommen hat.⁶

Der Präsident von Gesamttextil verkündet, daß immer mehr Betriebe der Textilindustrie überlegen, „ob nicht zumindest eine teilweise Auslagerung der Produktion in andere Länder notwendig und sinnvoll sei“. Bei den Arbeitsplätzen in Westdeutschland rechnet der Verbandspräsident im laufenden Jahr „mit einem weiteren Rückgang“.⁷

Der US-amerikanische Elektrokonzern General Electric verlagert die Glühlampenproduktion aus seinen westeuropäischen Fertigungsstätten nach Ungarn. Die Glühlampenproduktion in Großbritannien, Österreich und Deutschland wird eingestellt, Ferti-

3 iwd, 13/1993.

4 Wirtschaftswoche, 22/1993.

5 Süddeutsche Zeitung v. 28.3.94.

6 Frankfurter Rundschau v. 21.1.94.

7 Frankfurter Rundschau v. 6.4. 94.

gungsbetriebe werden geschlossen. Philips und Osram folgen mit Verlagerungen der Glühlampenproduktion nach Polen und in die Tschechische Republik.⁸

Die Lohnunterschiede zwischen west- und osteuropäischen Standorten sind so erheblich - wozu die erzwungenen Abwertungen der osteuropäischen Währungen ein übriges beigetragen haben -, daß selbst Lohnsenkungen um 10 oder 20 Prozent an westeuropäischen Standorten die Standortunterschiede nicht nennenswert verändern würden. Die von neoliberaler Seite erhobene Forderung nach Anpassung der Standortbedingungen im Sinne einer Senkung der Standards in Westeuropa auf das Niveau an den osteuropäischen Standorten ist insofern unsinnig. Sie steht im übrigen auch im krassen Gegensatz zu ihrem ansonsten geheiligten Prinzip des Verzichts auf Intervention in das Marktgeschehen.

Die Standortdebatte, das Klagen über die Standortbedingungen, zielt tatsächlich auf etwas ganz anderes: In einer Phase, in der die Umsätze und Gewinne durch stagnierende und rückläufige In- und Auslandsfrage gefährdet sind, und sich nicht zuletzt deshalb der Wettbewerb verschärft und einer wachsenden Zahl von Unternehmen das Wasser bis zum Halse steht, und Unternehmen, von Ausnahmen abgesehen, verständlicherweise nicht auf Expansion setzen, sondern auf Stabilisierung und Erhöhung der Gewinne durch Kostenminderung, sollen Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften mit der Behauptung von der nicht mehr gegebenen internationalen Wettbewerbsfähigkeit gefügig gemacht werden, damit sie Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen und Sozialabbau keinen Widerstand entgegensetzen.

Die Ursachen der Beschäftigungskrise

Die Ursachen der Krise, insbesondere der hohen und nach wie vor ansteigenden Arbeitslosigkeit, sind anderswo zu suchen als bei den angeblich nicht wettbewerbsfähigen Standortbedingungen. Wenn Matzner und Kregel ihre Frage, ob „die Theorie von der gefährdeten Konkurrenzfähigkeit des Standortes, z. B. Deutschlands, als Erklärung für Wachstumsverlangsamung bzw. den Rückgang des Sozialprodukts und das damit einhergehende Ansteigen der Arbeitslosigkeit ausreicht“, kurz und bündig mit „nein!“ beantworten,⁹ so ist dem nur zuzustimmen. Das Hauptproblem der Unternehmen sind nicht veränderte Standortbedingungen, sondern die stagnierende und rückläufige Nachfrage auf den In- und Auslandsmärkten, die die Kapazitätsausnutzung sinken und entsprechend die Kosten steigen läßt und mit Kostensenkungsmaßnahmen, darunter vor allem Beschäftigungsabbau beantwortet wird.

Matzner und Kregel sehen die anhaltende Depression vor allem verursacht durch „die erwartete Senkung der Rüstungsausgaben“, den „Übergang zu einer Politik des knappen Geldes“ und den Verzicht auf „aktive Regierungsmaßnahmen“, um den „Kurs der Gesamtwirtschaft“ zu beeinflussen und schließlich durch den „ersatzlosen Zusammenbruch des Bretton Woods-

⁸ Financial Times v. 24.1. 94.

⁹ Egon Matzner/Jan Kregel, Die Standort-Diskussion, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/94, S. 37-45, S. 37/38.

Abkommens" und „steigende Ungleichgewichte im (internationalen) Zahlungsverkehr", und sie stellen unmißverständlich fest: „Das Niveau der effektiven Nachfrage ist zu niedrig, um die Erzeugungskapazitäten selbst aller hochproduktiven Unternehmen auszulasten."¹⁰ Auch wenn das sicherlich alles zutreffend ist, so bleiben die Hauptursachen der wachsenden Arbeitslosigkeit und des mit der Arbeitslosigkeit einhergehenden Rückgangs von Einkommen, Kaufkraft und Nachfrage ungenannt. Sie sind zunächst vor allem die Folge von Weichenstellungen der Unternehmen selbst, wie sie nun vor mehr als 20 Jahren eingeleitet wurden - als Antwort auf eine relative Umverteilung der Einkommen zugunsten der Einkommen aus abhängiger Beschäftigung und zu Lasten der Einkommen aus Gewinnen und Vermögen und entsprechend rückläufigen Gewinnzuwachsrate.

Anfang der siebziger Jahre forcierten die Unternehmen an den traditionellen Industriestandorten (der westlichen Industrieländer) Rationalisierungsmaßnahmen (neue Technologien, wie zum Beispiel die Mikroelektronik, standen zur Verfügung) und Verlagerungen der Produktion in sogenannte Billiglohnländer (neue Technologien, wie zum Beispiel die moderne Kommunikations- und Transporttechnologie, erleichterten dies), um relativ hoch bezahlte, sozial geschützte und Mitbestimmung fordernde und durchsetzende Belegschaften zu reduzieren und entsprechend Arbeitskosten zu vermindern. Die unvermeidliche Folge sind allmählich sich entwickelnde Arbeitslosigkeit in den traditionellen Industrieländern und in dem Maße Rückgang der Einkommen aus abhängiger Beschäftigung, was zeitweilig aufgrund von privater Kreditaufnahme nicht unmittelbar zu einem Rückgang der Kaufkraft führen muß, nach einer gewissen Verzögerung (nachdem die private Verschuldung ihre Grenzen erreicht hat) Kaufkraft und Nachfrage aber um so stärker zurückgehen läßt.

Die rückläufige Nachfrage auf den Inlands- und Auslandsmärkten ist aber auch die Folge massiver Einkommensumverteilungen, wie sie durch die Weichenstellungen neoliberaler Politik seit Mitte der siebziger/Anfang der achtziger Jahre in fast allen westlichen Industrieländern zu Lasten der Einkommen aus abhängiger Beschäftigung und zugunsten der Einkommen aus Gewinnen und Vermögen durchgesetzt worden sind, so durch die Regierungen Thatcher und Major in Großbritannien, Reagan und Bush in den Vereinigten Staaten und Kohl/Bangemann bis Kohl/Rexrodt in der Bundesrepublik, wie sie aber auch im Verhältnis zwischen westlichen Industrieländern einerseits und Entwicklungsländern und osteuropäischen Ländern andererseits zu verzeichnen sind. Die Instrumente dieser Politik waren und sind in den westlichen Industrieländern Steuererleichterungen für Einkommen aus Gewinnen und Vermögen einerseits, Sozialabbau, Liberalisierung und Deregulierung andererseits und schließlich Schwächung der Gewerkschaften durch alle möglichen Maßnahmen und damit Beeinträchtigung der Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften, ihre Vorstellungen von Lohnzuwächsen und Ausbau des Sozialstaates durchzusetzen. Im Verhältnis zwischen den westlichen Industrie-

¹⁰ Matzner/Kregel, S. 38-42.

ländern und den Entwicklungs- und osteuropäischen Ländern erfüllen Strukturanpassungs- und Stabilisierungsprogramme, Schocktherapie und -anpassung, Auslandsverschuldung und Schuldendienst diese Zwecke.

Die Entwicklung der Lohnquote ist ein unbestechlicher Indikator der Einkommensumverteilung. Nachdem sie in den ersten Nachkriegs Jahrzehnten in der Bundesrepublik von 65 Prozent auf 75 Prozent angestiegen war, was eine signifikante Umverteilung der Einkommenszuwächse zugunsten der Einkommen aus abhängiger Beschäftigung und zu Lasten der Einkommen aus Gewinnen und Vermögen zum Ausdruck bringt, ist sie bis 1990 wieder auf unter 70 Prozent gesunken, mit den entsprechenden Folgen für Kaufkraft und Nachfrage, insbesondere auf den Massenkonsumgütermärkten. In den Vereinigten Staaten sind die realen Arbeitereinkommen („inflation-adjusted weekly earnings of workers“) seit 1980 um 11 Prozent gesunken. Im gleichen Zeitraum ist die private Verschuldung so angestiegen, daß der US-amerikanische Durchschnittshaushalt gegenwärtig 16 Prozent des Haushaltseinkommens für den Schuldendienst (und damit zu Lasten der effektiven Nachfrage) aufbringen muß.

Kostensenkungsstrategien der Unternehmen

Die stagnierende und sinkende Nachfrage hat den internationalen Wettbewerb um Marktanteile verschärft, und zweifellos sind einzelne Unternehmen deshalb auf der Strecke geblieben, und weitere werden nicht mithalten können. Das ist allerdings ein Teil der Logik der Marktwirtschaft (und nicht verschlechterten Standortbedingungen zuzuschreiben) und erst recht der liberalisierten und deregulierten Marktwirtschaft, die keine Interventionen zur Verhinderung von Zusammenbrüchen (insbesondere von kleineren und mittleren Unternehmen) vorsieht oder zuläßt. Schließlich gibt es keinen Zweifel, daß Unternehmen in der Depression wegen der weltweit stagnierenden oder rückläufigen Nachfrage Produktionen aufgeben, auf Investitionen verzichten, Betriebsteile und ganze Betriebe stilllegen. Nicht Expansion und Investitionen sind das Gebot der Stunde, sondern Kapazitätseinschränkung und Kostenminderung.

Sind die Bemühungen um Kostensenkung erfolgreich, können auch bei rückläufiger Produktion und sinkendem Absatz Gewinne stabilisiert oder erhöht werden.

Beispielsweise berichtet IBM Deutschland für 1993, daß trotz eines Umsatzrückganges um 8,7 Prozent auf 12,6 Mrd. DM der Betriebsgewinn gegenüber dem Vorjahr gestiegen sei, da sich „Vorsorgemaßnahmen“, nämlich ein Belegschaftsabbau von 3 500 Beschäftigten günstig ausgewirkt hätten. Der Konzern, IBM Corp., weist für das letzte Vierteljahr 1993 trotz eines Umsatzrückganges im Jahr 1993 um 8,1 Mrd. US-Dollar einen Gewinn von 382 Mill. US-Dollar aus (nach sechs Verlustquartalen) als Ergebnis von Kostensenkungsmaßnahmen, vor allem eines Personalabbaus um 89 000 Beschäftigte seit 1992.¹¹

¹¹ International Herald Tribune v. 26.1. 94; Frankfurter Rundschau v. 27.1. 94.

Die Hauptinstrumente zur Durchsetzung von Kostensenkungen sind wie eh und je Rationalisierung, gegenwärtig als „lean production“ und „lean enterprise“ propagiert („Verschlankung“ von Produktion und Unternehmen), darüber hinaus Unternehmenskooperation und Unternehmenszusammenschlüsse („strategische Allianzen“), Globalisierung der Produktion, insbesondere direkte und indirekte Produktionsverlagerung, und Reorganisation der Unternehmensstrukturen, zum Beispiel Reduzierung der Fertigungstiefe. Es ist primär auf solche Kostensenkungsmaßnahmen um der Stabilisierung und Erhöhung der Gewinne willen zurückzuführen, daß Unternehmen nicht nur aller industrieller Branchen, sondern auch des Dienstleistungssektors trotz der schon vorgenommenen massiven Reduzierungen ihrer Belegschaften weiteren Beschäftigungsabbau planen und ankündigen.

Im Maschinenbau der Bundesrepublik gingen 1993 Umsatz und Produktion um fast 11 Prozent zurück; die Kapazitätsausnutzung ist auf 75 Prozent gesunken. Nach Angaben des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) ist 1994 mit der Streichung von weiteren 100 000 Arbeitsplätzen zu rechnen. Seit 1990 sind in Westdeutschland 200 000 und in Ostdeutschland 400 000 Arbeitsplätze beseitigt worden.¹²

Der deutsche Großanlagenbau wird trotz eines erwarteten Zuwachses des Auftragsvolumens um nominal ein Fünftel nach Ankündigungen der Arbeitsgemeinschaft Großanlagen im VDMA die Zahl der Arbeitsplätze im Inland um zwei bis drei Prozent reduzieren.¹³

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl läßt keinen Zweifel daran, daß auch „bei einer konjunkturellen Belebung die geplanten Rationalisierungen zu Ende gebracht werden“. 1994 und 1995 sollen noch einmal 23 400 Stellen wegfallen, nachdem seit Anfang der neunziger Jahre die Belegschaften auf 124 000 Beschäftigte reduziert und damit praktisch halbiert worden seien.¹⁴

Die deutsche Automobilindustrie will nach Angaben des Verbands der Automobilindustrie 1994 und 1995 die Kosten um 20 bis 30 Prozent senken und deshalb im Inland weitere 100 000 Arbeitsplätze abbauen.¹⁵

Der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) rechnet für 1994 mit einem weiteren Abbau von 20 000 bis 25 000 Arbeitsplätzen in der deutschen Elektroindustrie, nachdem die Beschäftigung 1993 um 87 000 auf 930 000 Beschäftigte gesunken ist.¹⁶

In der chemischen Industrie sind nach Angaben des Verbandes der Chemischen Industrie 1993 Umsatzrückgänge und Gewinneinbrüche von 25 Prozent zu verzeichnen gewesen, was „rund 30 000 Arbeitsplätze gekostet habe.“¹⁷ Seit 1990 sind in Westdeutschland 50 000 Arbeitsplätze beseitigt worden.¹⁸ Dennoch planen fast alle großen Unternehmen der Branche weitere drastische Einsparungen von Arbeitsplätzen.

Die Banken und Sparkassen der Bundesrepublik werden nach Einschätzung des Beratungsunternehmens Arthur D. Little „in absehbarer Zeit“ gut 100 000 Arbeitsplätze streichen, von gegenwärtig noch etwa 700 000 Arbeitsplätzen.¹⁹

12 Neue Zürcher Zeitung v. 17. 3. 94.

13 Frankfurter Rundschau v. 30.3. 94.

14 Frankfurter Rundschau v. 21. 4. 94.

15 Financial Times v. 13. 8. 93.

16 Frankfurter Rundschau v. 11.3. 94.

17 Süddeutsche Zeitung v. 23/24.4.94.

18 Frankfurter Rundschau.v. 3. 94.

19 Frankfurter Rundschau v. 19.1. 94.

Die Beschäftigung in der Bundesrepublik und in anderen westlichen Industrieländern (auch Japan ist keine Ausnahme) ist also vor allem von drei Entwicklungen bedroht: von Nachfragerückgang, Kapazitätseinschränkungen und entsprechendem Arbeitsplatzabbau; von forcierter Rationalisierung und entsprechender Reduzierung der benötigten Arbeitszeitvolumina und von forcierter Verlagerung, insbesondere an Standorte qualifizierter und dennoch zugleich extrem billig zu habender Arbeitskräfte in den sogenannten Reformländern Osteuropas. Wenn in dieser Situation mit den Scheinargumenten der unzureichenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der notwendigen Angleichung der Standortbedingungen weiterer Lohn- und Sozialabbau, Arbeitszeitverlängerungen und auch weitere Deregulierungen durchgesetzt werden, dann muß das zwangsläufig zu weiterem Stellenabbau, zu weiterem Nachfragerückgang und zu einer weiteren Verschärfung der Krise führen. Nachfragerückgang kann nicht durch Lohnverzicht und Reduzierung der Sozialleistungen aufgefangen werden. Beides läßt nur Einkommen und Kaufkraft und damit die Nachfrage schrumpfen. Den Auswirkungen von Rationalisierungen mit Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerungen zu begegnen, führt gleichfalls nur zu einem beschleunigten Arbeitsplatzabbau und läßt darüber hinaus die Produktivitätszuwächse und damit Produktions- und Einkommenspotentiale, die es erlauben würden, mit einem geringeren Aufwand an Arbeitszeit und Ressourcen mehr Waren und Dienstleistungen zu produzieren und entsprechende Einkommenszuwächse zu erzielen und zu verteilen, gesamtwirtschaftlich ungenutzt. Schließlich werden Lohnverzicht, Sozialabbau und Arbeitszeitverlängerungen nicht verhindern, daß auch nur ein einziger Arbeitsplatz, der um der Nutzung von Standortvorteilen nach Osteuropa oder auch in andere Länder verlagert werden soll, erhalten bleiben wird.

Wenn der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Tyll Necker, berichtet, daß die Unternehmen in der Bundesrepublik im Jahr 1993 durch den Abbau von 600 000 Arbeitsplätzen 40 Milliarden DM gespart hätten,²⁰ so heißt das vor allem auch (was Necker ignoriert), daß deshalb die Arbeitslosigkeit zugenommen hat, die Belastung der öffentlichen Haushalte angestiegen ist und die Nachfrage erheblich beeinträchtigt wird. Für 1994 rechnet Necker mit der Beseitigung von weiteren 500 000 Arbeitsplätzen und hält dennoch auch in der Tarifrunde 1995 „nur sehr begrenzte nominale (!) Zuwächse bei den Einkommen“ für geboten, was Rückgang der Realeinkommen bedeutet und weiteren Nachfragerückgang auslösen muß, ganz zu schweigen von der weiter ansteigenden Arbeitslosigkeit mit all ihren Folgen.

Mittlerweile sind selbst aus den Vorstandsetagen großer Banken warnende Stimmen zu hören, daß dies in die Krise führen muß. „Nach den Worten des Vorstandssprechers der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, Eberhard Martini, schwächt der überall praktizierte Personalabbau die Nachfrage, was weitere Stellenstreichungen nach sich zu ziehen drohe“ und „Gefahren für die Konjunktur in Deutschland und ganz Westeuropa“ erkennen lasse.²¹

20 Frankfurter Rundschau v. 21. 4. 94.

21 Frankfurter Rundschau v. 23.3.94.

Wirtschaftspolitik der Vernunft

Wirtschaftspolitisch ist das Gegenteil von dem geboten, was gegenwärtig propagiert und praktiziert wird. Nicht Lohnminderungen, Sozialabbau, Arbeitszeitverlängerung, Steuererleichterungen für Einkommen aus Gewinnen und Vermögen, staatliche Ausgabenreduzierung und weitere öffentliche Verschuldung — alles angeblich im Interesse der Verbesserung der Standortbedingungen und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit — sind geboten und können aus der Krise herausführen, sondern statt dessen Arbeitszeitverkürzungen und eine damit zu verknüpfende Umverteilung der Arbeit auf eine wachsende Zahl von Beschäftigten und zugleich Erhöhung der Einkommen aus abhängiger Beschäftigung, Erhöhung der staatlichen Einnahmen und Ausbau des Sozialstaates. Die zu verzeichnenden Produktivitätszuwächse machen beides nicht nur möglich, sondern gebieten es förmlich.

Um es zu wiederholen: Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist nicht durch mangelnde Produktivität, knappe Ressourcen und fehlende Arbeitskräfte bezeichnet. Unausgelastete Kapazitäten und unbeschäftigte Arbeitskräfte sind praktisch im Überfluß vorhanden. Sie werden allerdings nur beschäftigt werden, wenn es wachsende Nachfrage auf der Basis wachsender Einkommen aus abhängiger Beschäftigung und wachsender öffentlicher Einnahmen gibt. Industriepolitik hat dafür Sorge zu tragen, daß so ausgelöste Nachfrageimpulse mit qualitativem und nicht nur mit quantitativem Wachstum beantwortet werden. Und eine Politik der Arbeitszeitverkürzung hat zu gewährleisten, daß das auch zukünftig weiter abnehmende Arbeitszeitvolumen — der technische Fortschritt macht es möglich — umverteilt wird und die Beschäftigung von gegenwärtig Arbeitslosen und gegenwärtig Beschäftigten gleichermaßen möglich macht.

Die Ansätze einer neuen Beschäftigungs-, Sozial- und Steuerpolitik der Clinton-Regierung in den Vereinigten Staaten, die Initiativen dieser Regierung und des Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Delors, zur Durchsetzung von sozialen und ökologischen Mindeststandards weltweit durch entsprechende Gestaltung der internationalen Handelsordnung (WTO), die Vorschläge des Präsidenten der Kommission der EG für Wachstum und Beschäftigung in Europa, wie sie im Weißbuch der Kommission enthalten sind, und die Beschlüsse der französischen Regierung und Nationalversammlung zur drastischen Reduzierung der Arbeitszeiten in Frankreich sind Ausdruck dafür, daß es durchaus realistische Alternativen zur Politik der Liberalisierung und Deregulierung, des Lohn- und Sozialabbaus, der Aufgabe von sozialen und ökologischen Standards und der Hinnahme von Arbeitslosigkeit, sozialer Verelendung und Krisenverschärfung gibt.

Für gewerkschaftliche Handlungsperspektiven ergeben sich die folgenden Schlußfolgerungen:

1. Auf der betrieblichen Ebene dürfen sich Betriebsräte und Gewerkschaften nicht auf den Leim führen lassen, daß die Zustimmung zu relativen

oder absoluten Lohnminderungen und zu Arbeitszeitverlängerungen der Sicherung der Arbeitsplätze dient. Gesamtwirtschaftlich hat es ganz gewiß die gegenteiligen Auswirkungen. Deshalb sollte auf betrieblicher Ebene die Zustimmung nur erteilt werden, wenn vertragliche Garantien dafür eingehandelt werden können, daß Arbeitsplätze nicht abgebaut werden.

2. Auf der Ebene der Tarifverhandlungen wären seitens der Gewerkschaften gesamtwirtschaftlich maximale Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen geboten. Nur drastische Arbeitszeitverkürzungen jeglicher Art - Reduzierung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeiten, der Jahresarbeitszeit und der Lebensarbeitszeit - und drastische Einkommenserhöhungen sind geeignet, aus der Krise wieder herauszuführen, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, Nachfrage und Produktion zu beleben und neue Arbeitsplätze entstehen zu lassen. Was allerdings gesamtwirtschaftlich geboten wäre und strategisches Ziel sein sollte, wird nicht zugleich die konkrete Forderung in Tarifverhandlungen sein können. In Tarifverhandlungen sind Forderungen zu vertreten, die nicht nur strategisch, sondern selbstverständlich ebenso taktisch begründet sind, mit anderen Worten: Forderungen, die das strategische Ziel und das, was unter den gegebenen Bedingungen taktisch durchsetzbar ist, miteinander in Einklang bringen.

3. Betriebsräte und Gewerkschaften dürfen sich keinen Illusionen hingeben, daß auf der Ebene betrieblicher Auseinandersetzungen - und hoffentlich Erfolge - und auf der Ebene tariflicher Verhandlungen - und hoffentlich Erfolge - die Arbeitsplatzverluste und Einkommensverluste (einschließlich des Sozialabbaus) wettgemacht werden können, die durch neoliberale Politik verursacht werden. Es wird darum verstärkt Aufgabe der Gewerkschaften sein müssen, es wird ihnen gar nichts anderes übrigbleiben, als mit ihren Mitteln zugleich dazu beizutragen, daß in der Öffentlichkeit ein Bewußtsein dafür entsteht, daß eine Lösung der Probleme von Arbeitslosigkeit, sozialer Verelendung, Staatsverschuldung und wirtschaftlichem Niedergang einen Politikwechsel erfordert. Das Modell konservativer Politik der Liberalisierung, Deregulierung und des Sozialabbaus, welches die Krise verschlimmern wird, ist zu ersetzen durch ein Modell demokratisch regulierter Marktwirtschaft, welches die Dynamik der Marktwirtschaft sich wieder entfalten läßt, „Wohlstand für alle“ und Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen zum Ziel hat und möglich werden läßt.